Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 588. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 15. December 1876.

Deutschland.

Berlin, 14. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Secratär Zornitius in Brieg bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Canzlei-Rath verliehen. Der Ingenieur Ernst Blümer zu Cassel ist zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der Königlichen Gewerbeschule zu Cassel angestellt worden. Der Notariatscandidat Joseph Marie Kübler zu Straßburg ist zum Notar für den Bezirk des Kaiserlichen Landgerichts zu Metz mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bourdonnay ernannt.

Berlin, 14. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute Vormittag zunächst die Meldung Sr. Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt entgegen und arbeiteten hierauf längere Zeit mit dem Kriegs-Minister, General der Infanterie von Kameke, und mit dem Chef des Militär-Cabinets, General-Major von Albedyll. Später nahmen Se. Majestät noch die Meldung des Erbprinzen von Sachsen-Meiningen entgegen und empfingen hierauf den Besuch Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Sachsen.

Um 3 Uhr hatten der Oberst-Kämmerer Graf Redern und der Minister Freiherr von Schleinitz Vortrag.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern das Elisabeth-Krankenhaus und war in dem Wohlthätigkeits-Concert für das Augusta-Hospital anwesend. — Ihre Majestät empfing den Besuch Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Sachsen.

[Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittags den Feldmarschall Grafen von Wrangel. Abends 9 Uhr begab Sich Se. kaiserl. Hoheit zur Begrüßung Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Sachsen nach dem Anhalter Bahnhofe. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 14. Decbr. [Sitzung des Bundesraths. — Das einheitliche Frachttarifsystem. — Die Retorsionszölle.] Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 1 Uhr eine Plenar-Sitzung im Reichskanzleramt unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzungen folgte Mittheilung von Schreiben des Präsidenten des Reichstages, betreffend die Beschlüsse des Reichstags über: den Gesetzentwurf wegen Abänderung des § 44 des Brausteuer-Gesetzes vom 31. Mai 1872, den Gesetz-Entwurf wegen der Festsetzung von Fischereischonstrecken in Elsaß-Lothringen, den Niederlassungs-Vertrag mit der Schweiz, den neunten Bericht der Reichsschulden-Commission, bezüglich der Verwaltung des Schuldenwesens rc., den dritten Bericht derselben Commission, bezüglich der unter ihrer Aufsicht stehenden Verwaltung verschiedener Reichsfonds. Der bereits erwähnte Antrag Oldenburgs, betreffend die Erweiterung des Freihafengebiets Brake, wurde dem Ausschuß für Handel und Verkehr überwiesen und Mittheilung über die erfolgten Gold- und Silberausprägungen in den deutschen Münzstätten entgegengenommen. Der Antrag des Zoll-Ausschusses, betreffend die Uebersicht der Uebergangs-Abgaben und Ausfuhr-Vergütigungen rc. wurden angenommen. Daran schlossen sich Ausschuß-Berichte über die Consumtions-Abgaben in den dem Zollgebiet angeschlossenen Bremischen Gebietstheilen; die Aufbesserung des Gehalts der Zollrevisions-Aufseher in den Hansestädten und der Antrag der Ausschüsse, betreffend die Reform des Eisenbahn-Güter-Tarifs; endlich mündliche Ausschußberichte, betreffend ein Gesuch um Erlaß des Eingangszolles für ein Quantum Reis; ein Gesuch wegen der Verwendung von Benzin zur Denaturirung von Branntwein, sowie die Herstellung einer deutschen Dampfkessel- und Dampfmaschinen-Statistik. Den Schluß machte die Vorlegung von Eingaben. — Der erwähnte, heute angenommene Antrag, betr. die Reform des Gütertarifs der Eisenbahnen, lautet: In Erwägung, daß sich aus der zur Vorbereitung von Vorschlägen für die Einführung eines einheitlichen Frachttarifsystems für die Eisenbahnen Deutschlands veranstalteten Enquête ein zur unmittelbar praktischen Durchführung dienliches System nicht ergeben hat, daß aber die von der Enquête-Commission empfohlenen Grundzüge eines auf die Vermittelung zwischen den in Geltung befindlichen Tarifsystemen beruhenden Tarifschemas die Grundlagen bilden, auf welchen unter den dermaligen Verhältnissen die Herbeiführung eines einheitlichen Frachttarifsystems für erreichbar zu erachten ist; daß neuerdings zwischen den Verwaltungen der deutschen Privateisenbahnen unter Theilnahme der Mehrzahl der Staatsbahnverwaltungen Verhandlungen stattgefunden haben, aus denen Vorschläge für ein Tarifsystem hervorgegangen sind, welche sich in vielen wichtigen Punkten an jene Grundzüge anschließen, wolle der Bundesrath beschließen: 1) Vom Standpunkt des Reichs ist gegen die Einführung des aus den Berathungen von Verwaltungen deutscher Staats- und Privat-Bahnen hervorgegangenen Tarifschemas im Allgemeinen mit der Maßgabe nichts zu erinnern, daß die Zahl der Specialtarife drei nicht überschreiten darf und die Feststellung der Maximaltarifsätze durch die Landesregierungen vorbehalten bleibt. 2) Zugleich wird die Erwartung ausgesprochen, a. daß über die Zahl der Specialtarife und über die Einreihung der Frachtgegenstände in diese Tarife eine Einigung erzielt wird; daß bei Feststellung der den einzelnen Eisenbahnen nach Maßgabe ihrer besonderen Verhältnisse unter Vorbehalt periodischer Revision vorzuschreibenden Maximalsätze für die verschiedenen Tarifklassen und bei Einreihung der Frachtgegenstände in dieselben nach Maßgabe des Art. 45 der Verfassung und der bisherigen Beschlüsse des Bundesraths eine Mehrbelastung des Verkehrs thunlichst vermieden, vielmehr auf die möglichste Erleichterung desselben und namentlich auf die Beseitigung der durch Bundesrathsbeschluß vom 11. Juni 1874 zugelassenen provisorischen Frachtzuschläge, soweit die Betriebs- und Finanzverhältnisse der betreffenden Bahn es gestatten, Bedacht genommen wird; c. daß vorbehaltlich concessionsmäßiger Rechte die Einführung von Ausnahmetarifen, sowie von Differentialtarifen von der Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht wird. 3) Der Herr Reichskanzler wird ersucht zum 1. Octbr. 1877 feststellen zu lassen, in welchem Umfange das System zur Einführung gekommen ist, und von dem Resultat dem Bundesrath Kenntniß zu geben. 4) Die betheiligten Regierungen werden ersucht, spätestens am 1. Januar 1880 von dem practischen Erfolg des von ihnen durchgeführten Tarif-Systems dem Reichskanzler Behufs Vorlage an den Bundesrath zu dessen weiterer Beschlußnahme, insbesondere auch darüber, ob als Grundlage eines einheitlichen Tarif-Systems eine allgemeine offene Wagenladungsklasse einzuführen sei, eingehende Mittheilung zu machen. 5) Der Antrag der königl. sächsischen Regierung vom 31. October 1876 wird für erledigt erklärt. — Im Reichstage haben die Fractionen die Besprechung der Justizgesetze begonnen. Das Centrum ist entschlossen, bei den Beschlüssen der zweiten Lesung stehen zu bleiben. Von den Uebrigen ist Näheres noch nicht bekannt. — Die Commission für das Retorsionszoll-Gesetz hat heute ihre Arbeiten begonnen. Den Vorsitz führt der Abg. v. Unruh. Die Berathung trug einen rein informatorischen Charakter.

⊡ **Berlin**, 14. December. [Die nationalliberale und conservative Strömung. — Resolution. — Zur Krisis der Justizgesetze. — Commission für die Ausgleichszölle.] In Abgeordnetenkreisen gewinnt immer mehr die von der „Nat.-Z." ausgesprochene Vermuthung an Boden, daß die Absicht vorherrsche, das Scheitern der Justiz-Gesetze zur Sprengung der nationalliberalen Partei und Bildung einer großen ministeriellen Fraction zu benutzen. Es ist Thatsache, daß die nationalliberalen Führer weder directe noch indirecte Beziehungen mit der Wilhelmstraße unterhalten. An Stelle des früheren persönlichen und intimen Verkehrs sind jetzt conventionelle Formen bei den flüchtigen officiellen Zusammenkünften getreten, die einen vertraulichen Austausch der Ideen ausschließen. Versuche, die von unabhäniggen Mitgliedern des Reichstages gemacht worden sind, um das frühere Verhältniß wieder herzustellen, sind an der reservirten Haltung maßgebender Personen gescheitert. Auf die Gründe hier zurückzukommen, würde zu weit führen. Genug, daß selbst jene indirecten Verbindungscanäle versiegten, auf denen sonst weniger gekannte Vermittler, dieser oder jener Geheimrath, vielleicht auch ein parlamentarischer Steuermann, ihre Wimpel flattern ließen. Was daher in der gegenwärtigen Krisis der Justizgesetze zu einem Compromiß fehlt, das sind die Anknüpfungspunkte durch Personen, welche im Vertrauen der beiderseitigen Parteien stehen. Die nächste Folge dieser Situation ist das Railliren der Nationalliberalen, weil sie wissen, daß sie im Zusammenhalten stark, getheilt jedoch bei den Wahlen geschlagen würden. Man darf niemals vergessen, daß die Nationalliberalen die Zukunft vor Augen haben, jene Zukunft, auf welche die zahlreichste Partei in den gesetzgebenden Körperschaften Anspruch machen muß, wenn sie eine regierungsfähige Partei sein will. Vielleicht liegt hier das Geheimniß, weshalb das conservative preußische Ministerium die Fahne des Widerstandes gegen die liberalen Bestimmungen der Reichsjustizgesetze vorantrug. Der liberale Sieg hätte eine totale Niederlage des Conservatismus bedeutet. Wenn uns daher mitgetheilt wird, daß Versuche gemacht werden sollen, den Justizminister Leonhardt für ein Compromiß zu gewinnen, so scheint dieses Mittel auf dem homöopathischen Grundsatz des similis similaribus zu beruhen. Gerade die preußische Regierung ist es, welche die schwerwiegendsten Streitpunkte in die Strafproceßordnung trug, und Dr. Leonhardt aufzufordern, dieselben wieder hinaus zu tragen, setzt eine Naivetät voraus, deren man den Reichstag nicht zeihen darf. — In der heutigen Sitzung der Seeunfallscommission hat der Abg. Mosle und Genossen eine Resolution eingebracht, in welcher der Reichskanzler aufgefordert wird, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Herstellung und Erhaltung der Seeschifffahrtszeichen auf den Küsten, den Gewässern und Flußrevieren, soweit dieselben von Seeschiffen befahren werden, der einheitlichen Regelung durch das Reich unterstellt. — Noch ist das letzte Wort zwischen dem Bundesrathe und dem Reichstage betreffs der Justizgesetze nicht gesprochen. Was darüber innerhalb der nationalliberalen Fraction einerseits und innerhalb der freiconservativen Partei andererseits verhandelt wird, entzieht sich noch der Oeffentlichkeit. Aber es kann immerhin als der erste Versuch zu einer Verständignng bezeichnet werden, wenn heute zwei Versammlungen von Abgeordneten im Reichstage tagten, deren eine der Einladung des Abg. Dr. Lasker und die andere der Berufung des sächsischen General-Staatsanwaltes Abg. Dr. v. Schwarze folgte. Die von dem freiconservativen Führer geladenen Abgeordneten sahen in ihrer Mitte auch Commissare der Regierung, was so gedeutet wurde, als ob von jener Seite Fühlhörner nach dem Reichstage ausgestreckt würden. Jedenfalls ist zu beachten, daß viele Mitglieder des Reichstages noch nicht die Hoffnung aufgeben, eine Grundlage für die Vermittelung zu finden, welche allerdings von der Mehrheit entweder schon aufgegeben, oder doch nur schwach gehegt wird. Dazu gehören in erster Linie die Fortschrittspartei und das Centrum, welche bereits in ihren Fractionsversammlungen beschlossen haben, auf dem Majoritätsvotum der 2. Lesung stehen zu bleiben. Vielleicht ist auch dies noch nicht das letzte Wort, sobald es sich um die gute Hälfte der Bundesrathsablehnungen handelt. Die Fractionen haben sich bis jetzt gegenseitig ihre Beschlüsse mitgetheilt und es steht zu hoffen, daß die liberalen Parteien ihre bisherige Einigkeit bewahren werden. Wie groß übrigens die Schwierigkeit einer Vereinbarung zwischen Bundesrath und Reichstag ist, beweist das heute abermals auftretende Gerücht, daß bis zu den Weihnachtsferien ein Ausgleich nicht zu Stande kommen dürfte. Deshalb soll der Reichstag noch einmal vor Neujahr (am 28., 29., 30.) zusammentreten und dann geschlossen werden. Ob den diätenlosen süddeutschen und anderen entfernt wohnenden Reichsboten zugemuthet werden kann, diese Opfer zu bringen und ob dies nicht auf Kosten der Beschlußfähigkeit des Hauses geschehen kann, ist eine andere Frage. — Die Commission für den Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung von Ausgleichsabgaben, trat heute zu einer Sitzung zusammen. Dieselbe verlangt in erster Linie, daß die Regierung das statistische Material herbeischaffe, welches dem Gesetze zur Grundlage gedient und auf das Dr. Achenbach in seiner Rede wiederholt recurrirt hat. Die Commission besteht aus 11 Freihändlern und 10 Schutzzöllnern und würde in ihrer Zusammensetzung kaum eine Garantie für die Stellungnahme der Mehrheit des Hauses bieten, wenn die Kürze der Sessionsdauer noch die Möglichkeit zuließe, das Gesetz fertig zu stellen. Die Commission wird sich übrigens nicht, wie irrig behauptet wurde, mit Petitionen für und wider die Eisenzölle beschäftigen, weil dieselben gelegentlich der ersten Lesung des Windthorst'schen Antrages auf Aenderung des Gesetzes vom 7. Juli 1873 definitiv erledigt worden sind.

[Freiherr Otto v. Loë] ersucht die „Germania" um Abdruck des Nachstehenden:

„Geehrter Herr Redacteur!

Aus dem in Ihrem Blatte enthaltenen Referat über die gegen den Redacteur der „Reichsglocke" am 8 d. M. stattgehabten Gerichtsverhandlung ersehe ich, daß der Buchdruckereibesitzer Thorman ausgesagt hat, er habe auf Veranlassung Gehlsens einen Abzug des Artikels: „Zur Charakteristik des Stadtgerichtsdirector Reich" an mich nach Paris gesandt.

Indem ich bestätige, daß mir ein Abzug dieses Artikels längere Zeit vor dessen Erscheinen zugeschickt worden ist, erlaube ich mir, um etwaigen Mißverständnissen zu begegnen, Folgendes hinzuzufügen: Obschon ich keine Veranlassung hatte, von dieser Zusendung irgend welche Notiz zu nehmen, so fand ich mich dennoch bemüssigt, in einem umgehend an Herrn Gehlsen gerichteten Brief nicht nur demselben von der Veröffentlichung dieses Artikels dringend abzurathen, sondern sogar meinen Rathschlag durch unwiderlegliche Gründe zu unterstützen.

Bad Enghien bei Paris, 12. December 1876.

Hochachtungsvoll Otto Loë.

[Die Centrumsfraction] erläßt zu den Wahlen folgenden Aufruf:

Die Neuwahlen für den deutschen Reichstag sind auf den 10. Januar 1877 ausgeschrieben.

Sie sind von der tiefgreifendsten Bedeutung, wie der Rückblick auf die verflossenen Jahre zeigt.

Während in einem großen Theile des deutschen Vaterlandes, nicht ohne Zuthun der Reichsgesetzgebung, die Kirche sowohl in ihrem Wesen, als auch in ihren Werken der Nächstenliebe tief geschädigt, der innere Friede — die Bedingung der Kraft und des Ansehens der Nation, gestört wird, ist auch der bürgerliche Wohlstand tief gesunken.

In Folge einer falschen Wirthschaftspolitik und deren Gesetzgebung liegen Handel und Gewerbe darnieder, und ist das nationale und Privatvermögen unheilvollen Schwankungen ausgesetzt.

Für die Entwickelung der bürgerlichen Freiheit und insbesondere bezüglich der Presse und des Vereinsrechtes ist nicht Genügendes geschehen, während die vielfachen Beeinträchtigungen derselben wahrlich ernst genug Abhilfe fordern.

Der falche Liberalismus erhebt immer kühner sein Haupt und droht insbesondere den Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates nach und nach zu untergraben.

Diesen Bestrebungen ist die Centrumsfraction, getreu ihrem Programme, stets mit aller Entschiedenheit entgegengetreten und hat keine Gelegenheit versäumt, die Rechte des Volkes zu vertreten, dessen berechtigte Forderungen zum Ausdruck zu bringen.

Konnte sie einer überwiegenden Mehrheit gegenüber damit nicht durchdringen, so hat sie doch vielleicht Schlimmeres zu verhindern vermocht, indem sie wenigstens jeder Verschleierung freiheitsfeindlicher Bestrebungen mit unnachsichtlicher Kritik entgegentrat.

Wir überlassen das Urtheil über unser Verhalten unseren Wählern.

Angesichts der Neuwahlen liegt uns aber die Pflicht ob, einige der wesentlichsten Grundsätze zu bezeichnen, welche für unser Verhalten maßgebend sind.

Vor Allem müssen wir die Beseitigung derjenigen Reichsgesetze verlangen, welche Freiheit und Recht der Kirche beeinträchtigen und das in der Verfassung garantirte Heimathsrecht der Reichsbürger verletzen.

Die Bewahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des Reiches als eines Bundesstaates bedingt nur im Nothwendigen die Einheit, in allem Uebrigen aber die freie Selbstbestimmung der Einzelstaaten. Bestrebungen, diese verbürgten Rechte zu verkürzen, müssen mit Entschiedenheit bekämpft werden.

Es ist daher dem auch finanziell und wirthschaftlich nachtheiligen Plane der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich entgegenzutreten, wohl aber eine bessere Regelung des Betriebes der Eisenbahnen und der Tarifirung herbeizuführen.

Das dauernde Darniederliegen der wirthschaftlichen Kräfte fordert dringend eine Beschränkung der Reichsausgaben, welche vor Allem beim Heerwesen durch angemessene Verkürzung der Dienstzeit und Verminderung der Präsenzstärke im Frieden zu bewirken ist.

Eine Reform der wirthschaftlichen Gesetzgebung, soweit solche zur Competenz des Reiches gehört, ist dann aber um so nothwendiger, als an eine Besserung der wirthschaftlichen Lage nicht eher zu denken ist, bis vorab dem Schwindel und der Ausbeutung Schranken gesetzt und dem Mittelstande die Bedingungen gesunder Entwickelung zurückgegeben sind.

Nicht minder muß bei der schwer bedrückten Lage der verschiedenen Klassen des Arbeiterstandes Freiheit für alle den gesetzlichen Boden nicht verlassenden Bestrebungen zur Lösung der socialen Aufgaben gesichert werden. Sind einerseits die Grundsätze zu bekämpfen, welche das Eigenthum und die sociale Ordnung bedrohen, so müssen andererseits die berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes unterstützt, deren Regelung durch ein Gesetz über die Rechte der Arbeiter erstrebt und mit dem allgemeinen Wohle in Einklang gebracht werden.

Dies unsere Grundsätze, getreu dem alten Spruche: „Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche."

Wir richten an unsere Wähler die Bitte, an der Hand der Erfahrung diese Grundsätze zu prüfen und ihr Urtheil durch die Wahlen auszusprechen.

Möge kein zur Wahl Berechtigter — unter irgend welchem Vorwande — von derselben fern bleiben. Es gilt die höchsten Güter der menschlichen Gesellschaft; es handelt sich um die Erfüllung unserer Pflicht gegen Gott und Vaterland!

Darum allseitige und ausdauernde Thätigkeit: bei den Wählern, daß sie die Mühe der Wahl nicht scheuen; bei den Gewählten, daß sie das Opfer auf sich nehmen, in den Reichstag einzutreten und auf ihrem Posten auszuharren.

Thun wir Alle unsere Schuldigkeit voll und ganz! Mit Gott für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Berlin, im December 1876.

Die Centrums-Fraction.
Im Auftrage: Der Vorstand.
Carl Frhr. v. Aretin. Graf Ballestrem. Graf v. Bissingen-Nippenburg. Freiherr zu Franckenstein. Dr. Jörg. Lender. Peter Reichensperger. Frhr. v. Schorlemer-Alst. Dr. Windthorst.

[Von Herrn Leopold Sonnemann] geht der „Post" aus Frankfurt a. M. folgende Erklärung zu:

Die Nummer 296 der „Post" enthält die Mittheilung, der Expedient der „Deutschen Reichsglocke" Grünewald, habe ausgesagt, daß Joachim Gehlsen auch mit den Reichstags-Abgeordneten Schröder-Lippstadt, Sonnemann und Hasselmann „in Verkehr" gestanden habe. Ich sehe mich hierdurch zu der Erklärung veranlaßt, daß mich der damals ganz unbekannte Herr Gehlsen im Jahre 1871, als er noch ein kleines Localblatt in Charlottenburg, wenn ich nicht irre, „den Argus" herausgab, einmal aufsuchte und mir dieses Blatt zum Kaufe anbot. Selbstverständlich lehnte ich diese Offerte ab und habe seitdem den Herrn Gehlsen niemals wiedergesehen. Mit dem Redacteur der „Reichsglocke oder Eisenbahnzeitung" habe ich niemals irgend welchen persönlichen oder schriftlichen Verkehr gehabt.

Ihr ergebener Leopold Sonnemann.

[Der bekannte Monstre-Betrugs-Prozeß gegen Dr. Mattner, Vetter und Genossen] gelangte heute in Folge der Appellation der Staatsanwaltschaft gegen das den Angeklagten Biermann betreffende Erkenntniß und in Folge weiterer Appellation seitens der übrigen Angeklagten vor dem Forum des ersten Criminalsenats des königl. Kammergerichts zur nochmaligen Verhandlung. Den Vorsitz führte Kammergerichts-Vicepräsident Dr. von Mühler, der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft war Staatsanwalt Feige, die Vertheidigung führten, wie in erster Instanz, Referendar Dr. Sello, Rechtsanwalt Frosch, Referendar Herzog und Rechtsanwalt Munckel. Von den Angeklagten selbst, von denen sich Mattner und Kraft bekanntlich in Haft befinden, war Niemand erschienen; dagegen hatte sich ein ziemlich zahlreiches Auditorium eingefunden, unter welchem man u. A. den Angeklagten Biermann erblickte. Der Thatbestand des Prozesses, der sich bekanntlich in der ersten Hälfte des Monats August 1876 vor der Ferien-Criminaldeputation des königl. Stadtgerichts hierselbst abspielte, dürfte den Lesern wohl noch in Erinnerung sein. In erster Instanz war Mattner wegen wiederholten Betruges zu 2 Jahren Gefängniß, 2000 Mk. Geldbuße eventuell noch 200 Tage Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf 3 Jahre, Vetter wegen einfachen Betruges zu 1 Jahr Gefängniß und 2 Jahren Ehrenverlust, Krafft wegen wiederholter Theil-

nahme am Betruge zu 2 Jahren Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt; dagegen Biermann der Theilnahme am Betruge für nichtschuldig erklärt. Nachdem nun heute der Kammergerichtsrath Dobert referirt, beantragt der Staatsanwalt Feige die volle Bestätigung des ersten Erkenntnisses, d. h. also auch das Nichtschuldig für Biermann. Die Vertheidiger plaidirten sämmtlich für Freisprechung ihrer Clienten.

Nachschrift. Der Gerichtshof bestätigte das Erkenntniß der ersten Instanz.

[Der Strafsenat des Ober-Tribunals] hat vor Kurzem wiederum Gelegenheit gehabt, die Verurtheilung eines Angeklagten wegen Beschimpfung des „Heiligen Geistes“ als Gotteslästerung (§ 166 des Strafgesetzbuchs) zu bestätigen und den Einwand, daß der § 166 des Strafgesetzbuchs unter dem Begriff Gott eine einiges ungetheiltes höchstes Wesen, nicht aber den heiligen Geist als ein getrennt gedachte göttliche Person verstehe, für hinfällig zu erklären. Der diesem Ausspruch zum Grunde liegende Fall ist folgender: Ein Handlungscommis hatte öffentlich über den der göttlichen Trinität angehörigen heiligen Geist in der christlichen Religion beschimpfende Aeußerungen gethan, im Verlaufe jedoch dieser Aeußerungen den strafbaren Charakter derselben erkennend, seine Stimme sinken lassen, so daß wohl nur die zunächst befindlichen Hörer den Nachsatz gehört hatten. Der Handlungscommis wurde denuncirt, wegen Gotteslästerung unter Anklage gestellt und vom Appellationsgericht zu Münster verurtheilt. Das Ober-Tribunal wies durch Erkenntniß vom 16. November d. J. die dagegen vom Angeklagten eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde zurück, indem es in der Motivirung seines Urtheils folgende bemerkenswerthe Sätze aussprach: „Der Thatbestand umfaßt vor Allem auch die unter Strafe gestellte Herabwürdigung der Gottesidee, welche den Satzungen der bestehenden christlichen Kirchen zu Grunde liegt. Von diesem Standpunkte aus ergiebt sich die Unrichtigkeit der Folgerungen, welche die Nichtigkeitsbeschwerde aus der Aufstellung des Begriffes „Gott“ in der Vorschrift des § 166 des Reichsstrafgesetzbuches gezogen hat, insofern damit ein einiges ungetheiltes höchstes Wesen verstanden und mithin die Zulässigkeit der Annahme ausgeschlossen erscheine, nach welcher die Beschimpfung des heiligen Geistes, als einer getrennt gedachten göttlichen Person unter das Strafgesetz, falle. Gewiß setzt der im § 166 des Strafgesetzbuches aufgestellte Begriff Gott die Idee eines einigen höchsten Wesen voraus. Aber über die nähere Bestimmung dieses Begriffes, für die Anwendung des Strafgesetzes, über die Beantwortung des Wesens und der Eigenschaften Gottes, sowie über die Beantwortung der Frage, in welchem Umfange danach die Heiligkeit der Gottesidee gesetzlichen Schutz finden soll, entscheidet nicht die subjective Auffassung des Einzelnen, so wenig als eine auf dem Boden einer Vernunftreligion erwachsenen, gleichfalls auf subjectiver Auffassung beruhenden Doctrin über das Wesen Gottes, sondern maßgebend sind vielmehr diejenigen Anschauungen, welche in dem religiösen Leben des Volkes Geltung erlangt haben, gewiß also und vor Allem diejenigen Anschauungen, welche in den Bekenntnissen der die große Mehrzahl der Staatsangehörigen umfassenden christlichen Kirchen niedergelegt sind .... Endlich ist auch die Oeffentlichkeit der Aeußerung in Rede von dem Appellationsrichter ohne erkennbaren Rechtsirrthum festgestellt worden. Die Annahme, daß die Oeffentlichkeit der Aeußerung dadurch nicht aufgehoben sei, daß Implorant den Nachsatz derselben in leiser und den Zeugen kaum verständlicher Weise vollendet, enthält einen solchen nicht.“

Kosten, 12. Dec. [Unruhen.] Wegen wiederholter Unruhen ist am 2. d. vom hiesigen Magistrat eine öffentliche Mahnung und Warnung ergangen. Die betreffnete Bekanntmachung lautet nach dem „Orendownik“, der sie im polnischen Text mittheilt, in der Uebersetzung wie folgt:

„Die Einführung des Propstes Brenk hat unter der katholischen Bevölkerung unserer Stadt eine Aufregung erzeugt, welche nicht mehr gestattet, die Ereignisse ohne Besorgnisse aufzufassen. Im Gegentheil mehren sich die Anzeichen, wie der gestrige Zusammenlauf, der Steinwurf auf den Gendarmen, welche beweisen, daß die Aufregung wächst. Wir wenden uns im eigenen Interesse der Bewohner an den vernünftigen Theil der Bürgerschaft, an die Familienhäupter und die Vertreter der Hausstände, an die Brotherren und Lehrer mit der Bitte, sie möchten durch Belehrung der Familienmitglieder und Untergebenen über die nachtheiligen Folgen eines weiteren Widerstandes die Polizeigewalt in Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unterstützen. Wir erinnern daran, daß für jede in Folge eines Volksauflaufs entstandene Beschädigung an Personen oder Geräthen nach dem Gesetze vom 11. März 1850 die Gemeinde aufkommt und daß Jeder, welcher sich den Befehlen der entsprechenden Behörde bei einem öffentlichen Auflauf widersetzt, einer Strafe bis zu drei Monaten oder 1500 M. Geldstrafe, und im Falle des thätlichen Widerstandes sogar einer weit stärkeren Strafe, zuweilen bis zu zehn Jahren Zuchthaus verfällt. (§§ 115 und 116 des Strafgesetzbuchs.) Ein solcher allgemeiner Widerstand würde außer den Strafen auch eine militärische Besetzung der Stadt nach sich ziehen und die Gemeinde müßte die hieraus erwachsenden nicht geringen Kosten decken. Kosten, den 2. December 1876. Der Magistrat. Krug.“

Dortmund, 12. Decbr. [In der Untersuchungssache gegen den hier in Haft befindlichen Pfarrer und Dechanten Fleischhauer] aus Huckarde hat sich durch die bisher geführten Verhandlungen herausgestellt, daß der genannte Geistliche seit Jahren die größten Betrügereien in der Verwaltung des Kirchenvermögens verübt und behufs Verdeckung derselben die Rechnungen sowie die Beläge zu diesen letzteren gefälscht hat. Der traurige Fall beweist aufs Neue die Nothwendigkeit der erst durch die neue Gesetzgebung sicher gestellten Theilnahme der Kirchengemeinden und der Organe des Staates an der Verwaltung des Kirchenvermögens.

Köln, 13. Dec. [Klage.] Bekanntlich wurde vor einem Jahre bereits von den vor 50 Jahren bei Wiederherstellung des Erzbisthums Köln dem Domcapitel überwiesenen Häusern fünf Domherrn-Curien, darunter die des Domdechanten Weihbischofs Baudri, ferner die Wohnungen von vier Domvicaren, von der kön. Regierung auf dem Verwaltungswege dem Domcapitel entzogen und anderweitig vermiethet, unter der Behauptung, dieselben seien noch Eigenthum des Staates und fielen als solche unter das Sperrgesetz. Es hatte dies einen noch schwebenden Prozeß des Domcapitels, welches jene Häuser stets als sein Eigenthum betrachtet hatte, gegen die königl. Regierung zur Folge. Schon damals erhob die königl. Regierung den gleichen Eigenthumsanspruch hinsichtlich zweier anderer seiner Zeit dem Domcapitel als Domherrn-Wohnungen überwiesenen Häuser; eines derselben, welches auf der Hochstraße gelegen war, wurde bereits vor einer Reihe von Jahren vom Domcapitel verkauft. Dem Vernehmen nach hat nunmehr die königl. Regierung gegen den gegenwärtigen Eigenthümer dieses Hauses eine gerichtliche Klage auf Auslieferung desselben an den Fiscus erhoben.

Saarbrücken, 12. Decbr. [Die drei Marpinger Kinder] sind heute in Freiheit gesetzt worden.

Rudolstadt, 13. Decbr. [Jubiläum.] Von hier schreibt man der „Volksz.“: Die Minister der Kleinstaaten sind durchgehends noch dauerhafter gearbeitet, als die zähesten Großwürdenträger der Großstaaten. Neuer Beweis dafür der Schwarzburg-Rudolstädtische Minister Hr. v. Bertrab, der nächstens sein 25jähriges Ministerjubiläum feiert. Bevor er das Portefeuille von Rudolstadt erhielt, war derselbe ein strebsamer königlicher preußischer Staatsanwalt. Das loyale Rudolstadt bereitet eine Reihe von Festlichkeiten vor, und wenn irgend einer sie verdient, so ist es eben Herr von Bertrab. Er hat den Bundestag, mit dem er durch Dick und Dünn ging, er hat die wüsteste Reactionszeit, in welcher er reactionär wie kaum ein Zweiter in Thüringen war, er hat 1866 überlebt als Minister.

Schweiz.

Zürich, 12. Decbr. [Aus dem Nationalrathe. — Das Gesetz über die politischen Rechte der Niedergelassenen. — Aus dem Ständerathe. — Aus Tessin, Zürich, Baselland und Freiburg. — Kirchliches. — Ordensverleihung. — Vom Gotthardtunnel.] Der Nationalrath verwendete mehrere Sitzungen auf das Gesetz über die politischen Rechte der Niedergelassenen und Aufenhalter, welche endlich durch dasselbe besser gestellt werden und außerhalb ihres Heimatcantons mehr Stimmrecht in cantonalen und Gemeindesachen bekommen. Die Kanzleigebühr für Aufnahme darf höchstens 1, resp. ½ Fr. betragen. Für gänzliche oder zeitweise Entziehung der politischen Rechte der Schweizerbürger sollen maßgebend sein: gerichtliche Verurtheilung, Vormundschaft wegen Verschwendung oder Geisteskrankheit, verschuldeter Bankerott, Almosengenössigkeit. — Auf Anregung Vögelins wurde Anstalt gemacht, den Journalisten bessere Plätze im Saal anzuweisen. — Ueber Joos' Antrag auf Ausgabe von Bundeskassenscheinen soll der Bundesrath berichten. — Der Vertrag mit Deutschland über gegenseitige einheitliche Taxe von 1 Fr. für Packete bis 5 Kilogr. wurde genehmigt. — Der Ständerath machte einen verunglückten Anlauf mit dem Gesetz über die Wasserbaupolizei im Hochgebirg; die Anträge der Commission und des Bundesraths verknäuelten sich so, daß das Ganze an die Commission zurückwandern mußte. Dagegen wurde das Budget genau durchberathen. Die Commission stellte verschiedene Sparsamkeitspostulate, die fast alle durchgingen, z. B. Erhöhung des Preises der jetzt mit Verlust verkauften Munition, die auch in Süddeutschland sehr beliebt ist, Zuschlag zu den Francocouverten, Erhöhung der Telegraphentaxe, Ueberlassung der Waffen und Pulverfabriken an die Privatindustrie (von welcher abhängig zu werden, der Bundesrath für durchaus unzulässig erklärte). Ueber diese Punkte hat der Bundesrath Bericht zu erstatten. Das Postulat, die Gesandten durch Consuln zu ersetzen und nur bei besonderen Gelegenheiten Fachmänner zu schicken, wurde zurückgenommen, besonders im Hinblick auf die Erneuerung der Handelsverträge. Neubauten sollen nur in ganz nothwendigen Fällen und mit möglichster Sparsamkeit vorgenommen werden. Beim Militärdepartement gab die Commission zu, daß der Bundesrath sich aufs Aeußerste beschränkt habe, brachte jedoch den Antrag durch, daß wegen bedeutender Ueberzähligkeit der Mannschaft das Recrutenmaß von 155 auf 156 Centimeter erhöht werde; Bundes-Rath Scherer wendete dagegen die allgemeine Wehrpflicht ein. Ein Postulat auf Vereinfachung der ganzen Militärverwaltung, „als zu complicirt“, wurde angenommen, nachdem die letzteren Worte auf B.-Rath Scherer's Wunsch gestrichen waren. Das Budget stellte sich schließlich auf 42,972,300 Fr. Einnahme und 44,270,600 Fr. Ausgabe. — Den zum Gesandten beim Deutschen Reich ernannten Landammann Roth lassen seine Appenzeller ungern fahren, obgleich sie sich geschmeichelt fühlen, daß einer aus ihrem Ländle die Schweiz auf dem wichtigsten Gesandtschaftsposten vertreten soll. — Das Volk von Tessin hat das neue Kopfzahlwahlgesetz mit etwa 16,000 gegen 8000 Stimmen gutgeheißen. — Das Volk von Zürich hat wieder brav gestimmt; bei sehr starker Betheiligung (53,484) hat es die drei wohlthätigen Gesetze über Lebensmittel-Polizei, Gewässercorrection und Hundesteuererhöhung gegen Minderheiten von 6—11,000 angenommen. — Das Volk von Baselland will von Revision der Verfassung nichts wissen; es hat eine daherige Vorlage am Sonntag mit Zweidrittelmehrheit verworfen. — Das Volk von Freiburg hat bei den Großrathswahlen wieder seine clericale Gesinnungstüchtigkeit bewiesen; 65 Ultramontane, 15 Conservative und 10 Liberale und Radicale sind gewählt worden, letztere besonders im protestantischen Kreise Murten; zum Ueberflusse sind vier derselben (auch der liberale Führer Gendre) für ungiltig erklärt worden und es müssen Nachwahlen stattfinden. — Dem Winterthurer „Landboten“ wird aus Luzern geschrieben: „Soeben erfährt man eine neue Duret-Lachat'sche Erbschleicherei in Blatten bei Malters, derzufolge die in 100,000 Fr. bestehende Hinterlassenschaft des dortigen, wegen seiner Gebetscuren bei Gläubigen weit bekannten und berühmten Caplans zum Nachtheil sehr armer Verwandter in die bischöfliche Kasse gewandert sein soll“. — Wir haben früher über einen römischen Mistkäfer, Expfarrer Buhholzer in Baselland, berichtet, welcher wegen widernatürlicher Unzucht Zuchthaus genossen hat. Sein College, Pfarrer Schmidlin in Pfeffingen (wohl richtiger Pfäffingen zu schreiben) ließ ihn in seiner Kirche gemüthlich die heil. Messe lesen. Nun kommt aber der ungemüthliche Regierungsrath, der offenbar kein Verständniß römischer Sitten und Gebräuche besitzt, und verurtheilt den Pfarrer Schmidlin zu einer Buße von 100 Fr., ja droht ihm sogar bei Widerholung die Absetzung an. — Der Große Rath von Basel hat die Vereidigung seiner Mitglieder als überflüssig abgeschafft. — Gottfried Keller in Zürich ist mit dem königl. baierischen Maximilians-Orden für Wissenschaft und Kunst überrascht worden. — Der Gotthardtunnel war Ende November bis 7250,5 Meter vorgeschritten, natürlich blos in Firststollen.

Frankreich.

Paris, 12. Decbr. [Zur Ministerkrisis. — Zur orientalischen Frage.] An General Berthaut, schreibt man der „K. Z.“, hält der Präsident so wie die ganze conservativ-clericale Partei mit auffallender Zähigkeit fest. Die Clericalen haben sogar dem Kriegsminister den Rath gegeben, nöthigenfalls zu erklären oder sich einer Erklärung des Gesammtcabinets anzuschließen, daß in der Beerdigungsfrage das Gesetz einfach befolgt werden solle; sie legen demnach offenbar ungewöhnlichen Werth darauf, daß Berthaut die Leitung der Armee in Händen behalte. Die conservativen Gesichter sind übrigens, seitdem die Combination Dufaure-Simon verunglückte, wieder merklich länger geworden, und der „Figaro“ meint heute Morgen betrübt, der Marschall werde wohl genöthigt sein, ein Minimum von Zugeständnissen zu machen. „Français“ und Genossen lassen sich aus der Provinz berichten, das Land sehe mit steigender Angst auf die republikanischen Greuel. Thatsächlich sind Deputationen aus einzelnen Departements bei Mitgliedern des linken Centrums angelangt und haben ihnen erklärt, wenn sie nicht entschlossen mit der Linken gingen, würde man sie nicht wieder wählen. Die Ausführungen des „Français“ haben aber die Bedeutung, daß sie für die Präsidentschaft geschrieben werden und bestimmt sind, die daselbst herrschenden Ansichten zu befestigen. — Herr Duclerc hat mit Wärme dagegen protestirt, daß er die Absicht gehabt haben sollte, Leon Say aus dem Cabinet zu entfernen und sich dem sogenannten „Ministerium des Crédit Foncier“ anzuschließen. Thatsache ist, daß die Bildung eines solchen Ministeriums angestrebt wurde, ein Cabinet von Männern, welche mit den großen Finanzinstituten durch Speculationen zusammenhangen und welche speciell Herrn Soubeyran's Operationen mit dem Crédit Foncier unterstützen wollten. Die Intrigue, welche sich daran knüpfte, erscheint bei näherer Nachforschung als sehr verwickelt. Eine Ministerliste mit Duclerc an der Spitze, welche, wie eben angedeutet, schon allgemein als „Cabinet des Crédit Foncier“ bezeichnet wird, wurde am vorigen Donnerstag veröffentlicht, und die Publication derselben läßt sich auf Personen zurückführen, welche der Präsidentschaft nahe stehen. Es scheint indessen, daß der Name Duclerc mit den übrigen nur zusammengestellt worden ist, um Herrn Duclerc zu discreditiren. Seine Freunde sagen, er sei bei milden Formen ein entschiedener Republikaner, und deshalb habe man ihn nicht zum Premier-Minister gewünscht. Clericale Stimmen haben die Ministerliste des Crédit Foncier unterstützt, offenbar weil sie hofften, daß ein solches Cabinet recht bald mit einem großen Finanzscandal zum Falle gebracht und die Republik für denselben verantwortlich gemacht werden könnte. Der Herzog Audiffret-Pasquier hat sich das Verdienst erworben, zum Marschall zu gehen. und diesem die Durchstechereien klarzulegen, welchen die genannte Liste ihren Ursprung verdankte; seitdem ist von ihr nicht mehr die Rede. Die Freunde J. Simon's haben Herrn Duclerc als Freund und Theilnehmer der Soubeyran'schen Combinationen bezeichnet. Nach den scharfen Erklärungen Duclerc's wird es sehr zweifelhaft, ob sie dazu ein Recht hatten, oder ob sie, um sich den unbequemen Concurrenten vom Halse zu schaffen, ihm den Verdacht grundlos angehängt haben. Das Nähere hierüber wird sich wohl bald aufklären. — Man bemerkt sehr die schwankende Haltung der russischen Organe, welche heute sich den Anschein geben, als wolle Rußland auf die Occupation verzichten, und morgen wieder von der Voraussetzung ausgehen, ganz Europa sehe die unmittelbare Nothwendigkeit der Besetzung ein. Seltsam ist, daß der „Golos“ erst jetzt die Entdeckung macht, daß die serbischen Preßbureaux nichtswürdig gelogen und daß Tschernajeff elend gewirthschaftet. Hier weiß man schon lange, daß der edle General von den russischen Unterstützungsgeldern einen erheblichen Theil auf die Pflege seines persönlichen Besitzstandes verwendet hat.

⊙ **Paris**, 12. Dec., Abds. [Zur Cabinetskrisis. — Parlamentarisches. — Industrielles. — Kirchliches.] Die letzten Nachrichten aus Versailles sind sehr confuse; in den Couloirs der Deputirtenkammer waren die widersprechendsten Gerüchte in Umlauf. Es hieß, daß Mac Mahon sich an die Rechte des Senats gewandt habe, um ein Auflösungsministerium zu bilden. Besonders gut unterrichtete Leute wollten sogar bereits wissen, daß de Broglie, Canrobert und de Fourtou in dies Cabinet eintreten werden. Wir brauchen die Unwahrscheinlichkeit eines solchen Gerüchts nicht hervorzuheben. Daß die Idee der Auflösung im Senate Anhänger zählt, unterliegt keinem Zweifel; die Dupanloup'sche „Défense“ erklärt ganz offen, daß die Senatoren der Rechten, wenn in ihren Departements eine vorläufige Untersuchung günstig ausfällt, dem Marschall die Auflösung anrathen werden. Aber von diesen Absichten bis zur Ausführung ist noch ein weiter Schritt und auf alle Fälle hat Mac Mahon bisher nicht bewiesen, daß er geneigt wäre, den Versuchern Gehör zu geben. Wahrscheinlicher klingt es daher, wenn man gleichzeitig erzählt, daß der Marschall-Präsident einwillige, sein Ministerium ausschließlich in der Linken zu rekrutiren unter der Bedingung, daß d'Audiffret-Pasquier den Vorsitz führe. Großer Erfolg läßt sich diesem Plane auch nicht versprechen, aber er würde beweisen, daß der Präsident der Republik immer mehr die Nothwendigkeit erkennt, der Kammermehrheit Zugeständnisse zu machen. Diese Vermuthung gewinnt Anhalt dadurch, daß der Kammerpräsident Jules Grévy heute Nachmittag abermals zu einer Besprechung mit Mac Mahon eingeladen worden. Er trat deshalb den Vorsitz in der heutigen Verhandlung dem Vicepräsidenten Rameau ab. Die republikanischen Fractionen halten unausgesetzt Berathungen, die aber nicht viel Licht auf die Lage werfen. Bemerkenswerth ist nur die heutige Berathung des linken Centrums. Man beauftragte darum den Vorsitzenden Germain, auf die Tribüne zu steigen und im Namen der Fraction diese Erklärung abzugeben; das linke Centrum will sich nicht von dem Marschall-Präsidenten trennen; aber im Interesse einer guten Geschäftsführung hält es darauf, die einzelnen Posten des Einnahmebudgets nicht zu votiren, so lange nicht ein verantwortliches Ministerium constituirt worden. Nur im Falle, daß die zurückgetretenen Minister unter ihrer Verantwortlichkeit ein sofortiges Votum erheischen, würde das linke Centrum dasselbe gewähren, dabei aber für sich ausdrücklich jede Verantwortlichkeit ablehnen. Diese letztere Concession deutet denn doch nicht mehr die frühere Entschiedenheit innerhalb der Mehrheit an. Ihre Ausführung sollte freilich von der Einwilligung der anderen republikanischen Gruppen abhängig gemacht werden. Aus den Provinzen wird gemeldet, daß die Verlängerung der Krisis allenthalben große Besorgnisse hervorruft. Das Publikum, das anfangs nicht an den Ernst der Situation geglaubt hatte, fühlt sich nun durch die immer steigenden Schwierigkeiten einer Lösung beunruhigt. Für den Pariser Handel sind die jetzigen Zustände wahrhaft verhängnißvoll. Die für Neujahr gemachten Bestellungen werden zum großen Theile zurückgenommen, von neuen Aufträgen ist nicht die Rede, und die Fabriken sind genöthigt, die Zahl ihrer Arbeiter einzuschränken anstatt, wie sonst um diese Jahreszeit, dieselbe zu erhöhen. Es müßte eine sehr schnelle und gründliche Abhilfe eintreten, wenn die in den letzten Tagen auf alle Geschäftszweige drückenden Verluste einigermaßen ausgeglichen werden sollen. — Die Lyoner Blätter veröffentlichen ein von 5 Erzbischöfen und 20 Bischöfen unterzeichnetes Rundschreiben, in welchem die Diöcesanen von der Einrichtung der katholischen Universität von Lyon in Kenntniß gesetzt werden.

⊙ **Paris**, 13. Decbr. [Aus der Deputirtenkammer. — Das Ministerium Jules Simon. — Der Kriegsminister. — Aus dem Orient.] Die Mehrheit hat Stand gehalten; sie hat es auch in ihrer gestrigen Sitzung verweigert, zur Specialdiscussion des Einnahmebudgets überzugehen. In diesem mit 351 gegen 152 Stimmen gefaßten Beschlusse lag die ganze Bedeutung der Sitzung. Ohne einigen Lärm ging es dabei nicht ab; Cazeaux machte im Namen der Rechten große Anstrengungen, den Schluß der Generaldebatte herbeizuführen, von rechts nach links und umgekehrt regnete es Anzüglichkeiten. Nachdem der Schluß abgelehnt worden, gab Germain die bereits angekündigte Erklärung des linken Centrums ab. Sie klingt etwas kategorischer als gestern behauptet worden, insofern darin nicht die Rede davon ist, daß das linke Centrum auf ausdrückliche Forderung der zurückgetretenen Minister sofort das Einnahme-Budget votiren werde. Germain setzte nur auseinander, daß man mit dem Votum noch warten könne und warten müsse, bis ein verantwortliches Cabinet der Comune gegenüber stehe. Er beantragte danach die Vertagung der Debatte bis Sonnabend. Cazeaux wollte dagegen die Fortsetzung auf heute (Mittwoch) anberaumt wissen, obgleich die Kammer in der Regel Mittwochs keine Sitzung hält. Nun legte sich Floquet ins Mittel mit dem Antrage, man möge sich wie gewöhnlich am Donnerstag versammeln. Wenn bis dahin ein Cabinet gebildet worden, könne man die Discussion wieder aufnehmen, andernfalls aber eine neue Vertagung eintren lassen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Wenn eine gestern Abend spät veröffentlichte Note der „Agence Havas“ ihre Bestätigung findet, so wird in der That am Donnerstag etn Cabinet der Kammer gegenüberstehen. Diese Note besagt, daß endlich eine Combination zu Stgnde gekommen. Jules Simon (der im Laufe des Nachmittags eine Unterredung mit Mac Mahon gehabt) übernehme die Präsidentschaft des Conseils mit dem Portefeuelle des Innern und Martel die Justiz; alle anderen Portefeuilles bleiben in den Händen ihrer bisherigen Inhaber. Demnach werden also blos Dufaure und de Marcère ausscheiden. Die republikanischen Blätter nehmen schon heute diese Liste mit merklicher Kälte auf, und das begreift sich. Gegen den Eintritt J. Simon's und Martel's, eines Republikaners von zweifellos aufrichtiger Gesinnung, wird die Linke nicht viel einzuwenden haben, wohl aber gegen das Verbleiben des Kriegsministers Berthaut, welches durch den gleichzeitigen Rücktritt de Marcère's einen sehr bestimmten Sinn erhält. Man erinnert sich, daß in der Angelegenheit, welche den Anlaß zur jetzigen Krise lieferte, in der Angelegenheit der Civilbeerdigungen, ein entschiedener Gegensatz zwischen dem clericalen Berthaut und dem liberalen de Marcère bestand und daß de Marcère durchaus den Beifall der Kammer-Majorität hatte. Jetzt soll de Marcère sein Portefeuille verlieren, während Berthaut das seinige behält! Eine solche Lösung kann nicht unbedingt nach dem Sinne der Linken sein. Die Gambetta'sche „Re-

publique" bemerkt einstweilen: „Angesichts dieses Cabinets und ohne uns auf die Beurtheilung einer so unerwarteten Combination einzulassen, haben wir nur an die Erklärungen der drei republikanischen Gruppen zu erinnern und die Hoffnung auszusprechen, daß man dieselben fest aufrecht erhalten wird." Eine optimistischere Auffassung bekundet das „XIX. Siecle": „Dieses Cabinet, sagt es, wird leben; wir fügen hinzu: es muß leben, welche Schwierigkeiten es auch auf seinem Wege antreffen mag. Bis zum heutigen Tage haben die Republikaner das Recht gehabt, jede Verantwortlichkeit abzulehnen. Sie besaßen nicht die Gewalt oder konnten diese Gewalt nicht in aller Freiheit ausüben. Künftig wird die republikanische Partei mit einem wahrhaft parlamentarischen Cabinet unbestritten regieren. Dies will besagen, daß das Schicksal der Republik in ihren Händen ist, und sie hat zwei Jahre — bis 1878 — vor sich, um zu beweisen, daß Frankreich Recht gehabt hat, ihr seine Geschicke anzuvertrauen." Im „Figaro" triumphirt Saint-Genest darüber, daß der Marschall sich nie und nimmer von seinem Kriegsminister trennen werde, so ärgerlich sich auch die Linke geberden möge. Man muß abwarten, ob dieser Jubel nicht ein voreiliger ist. Ohne Zweifel hat auch der General Berthaut eine Concession gemacht, indem er das Programm der Linken annahm. Sonst würde sich nicht erklären, daß Jules Simon in sein Verbleiben willigte. Aber die Stellung Berthaut's zur Kammer wird darum nicht weniger eine sehr schlechte sein. Der zum Justizminister ausersehene Martel ist krank und bis zu seiner Wiederherstellung wird jedenfalls eine interimistische Verwaltung der Justiz erforderlich werden. — Die letzten Nachrichten aus dem Orient befriedigen hier sehr und der französische Optimismus macht wieder seine Rechte völlig geltend. Die „Débats" wollen sich allerdings nicht über die zwischen Ignatieff und Lord Salisbury eingetretene Verständigung freuen, ehe sie wissen, ob dieselbe durch die Nachgiebigkeit Rußlands oder die Nachgiebigkeit Englands zu Stande gekommen. Die schwierigste Frage, die Frage der Garantieen, scheine noch immer offen. — Unter dem Vorsitze des Senators Crémieux hat dieser Tage eine Versammlung der „allgemeinen israelitischen Allianz" stattgefunden. Es nahmen viele Delegirte aus Deutschland, England, Belgien, der Schweiz, Italien, Oesterreich und Amerika Theil. Man beschloß sich an die europäischen Mächte zu wenden, damit diese dahin wirken, die für die Christen im Orient geforderten Garantieen auch auf die Juden auszudehnen.

Rußland.

≏ **St. Petersburg,** 10. Dec. [Rußland und die Pacification der Balkanhalbinsel.] Was man von dem weiteren Verlaufe der orientalischen Dinge hört, ist in vollem Einklange mit dem, was wir von jeher behauptet. Weder ist Rußland so sehr nach Krieg begierig, noch sind auch die englichen und russischen Interessen so durchaus unverträglich, als wie man von mancher Seite vorausgesetzt hat. Rußland hat durchaus kein Interesse, einen Krieg zu führen, welcher in die inneren Arbeiten mancherlei Verzögerungen, wenn nicht Stockungen hineinbringt. Ebenso sind die Controleschlüsse der letzten Jahre so günstig gewesen, daß selbst nach Abnahme eines Extra-Reservefonds für den Militär-Etat, und nachdem vor 10 Jahren das Deficit sich auf 60 Millionen Rubel belaufen, trotzdem an 40 Millionen Rubel disponibler Ueberschüsse zu verzeichnen blieben. In Kriegszeiten können die Bilanzen sich nicht ebenso günstig gestalten: da dieses bei uns Jedermann begreift, vermag man in keiner Weise zu behaupten, daß Rußland es mit einem Kriege versuchen würde, wenn die gewünschten Garantien irgendwie auf friedlichem Wege zu erlangen wären. — Auf der andern Seite steht aber auch fest, daß die unsichere politische Lage der letzten Zeit auf das ökonomische Leben ohnehin deprimirend eingewirkt. Es ist daher auch ökonomisch uns nothwendig, daß eine Regelung einträte, welche uns wieder unseren inneren Aufgaben ungetheilt obzuliegen erlauben würde. Letzteres ist jedoch, wie die Dinge stehen, unmöglich, — und auch auf das übrige Europa wirkt die Sachlage im Orient störend zurück. Jedenfalls ist es ein Postulat auf der Ruhe Europas, daß im Orient eine rationelle Ordnung hergestellt werde. Daß neben dieser realpolitischen Betrachtung bei uns eine lebhafte Begeisterung für die Christen und eine mit grenzenloser Indignation gegen die Türken gemischte Theilnahme für die bulgarischen, herzegowinischen und anderen Märtyrer sich energisch geltend macht, darf uns doch wohl nicht zum Tadel gereichen. Wenn französische Blätter eine solche Stimmung nicht begreifen können, und durchaus nur Eroberungs- oder Gloire-Zwecke annehmen wollen, so kann das von ihrer Seite Niemand wundern. Die anderen Völkern sind aber besonnener, und die Publicistik anderer Länder gewissenhafter und erwärmen sich beide nicht so leicht für jene Sorte von gallischer „Ruhmbegierde", welche in Waterloo und Sedan ihren welthistorischen Abschluß gefunden. Bei uns weiß man, daß ein Krieg eine harte Sache ist, und wenn man sich im vorliegenden Falle bei uns dazu entschließen sollte, so muß es sich wirklich um Rettung der Christen handeln, und ihre Sicherung nicht anders möglich sein, als eben durch den Krieg. — Von England aus haben sich viele gewichtige Stimmen in energischer Weise so ausgesprochen, wie auch wir über die Türken denken. Englischer Bemühung ist es zuzuschreiben, daß die in Bulgarien begangenen Grausamkeiten nicht mehr für „übertrieben" oder gar „erdichtet" ausgegeben werden können. Es sollte daher gar nicht so außer dem Bereich der Möglichkeit liegen, daß Rußland und England der Türkei gegenüber sich verständigen könnten. Die Verträge, welche Europa gegenüber die Sicherheit der Christen verbürgten, hat die Türkei constant und fortwährend gebrochen. Seitdem Europa das Loos der Christen näherer Beachtung unterzog, hat die Türkei ärger gewüthet, als je — wie kann die Pforte denn ohne Garantien ferner Glauben verlangen? Die Grausamkeiten der Türken gehen unausgesetzt fort. Nach den neuesten Nachrichten eines einzigen Tages („Moskauer Zeitung" Nr. 302) wird in Bulgarien unausgesetzt geplündert und gemordet, Abgaben mit mehr Härte und Ungerechtigkeit als sonst erpreßt. In Nowoselo wurden 400 Gebäude eingeäschert und 327 Menschen umgebracht und 13,763 Stück Vieh von den Türken geraubt. Das Dreifaltigkeitskloster bei Nowoselo hat man aus purer Brutalität zerstört und dabei 19 Nonnen zu Tode gemartert, ein anderes Kloster in einen Stall verwandelt. Im Dorfe Kreweniko wurden 200 Gebäude eingeäschert und 60 Menschen zu Tode gemartert, im Dorfe Batoschewo 16 Häuser niedergebrannt und 43 Menschen ums Leben gebracht. So lautet es alle Tage in verschiedenen Tonarten, was keineswegs für den guten Willen der Pforte Zeugniß giebt. Die russische Regierung ist weder apodiktisch noch rigoristisch, und würde sich leicht mit Mitteln zufrieden erklären und zufrieden erklärt haben, welche die Sicherung der Christen in genügender Weise verbürgen könnten. Rußland hat seit dem vorigen Jahre zu jedem der bisher vorgebrachten Pacifications-Vorschläge die Hand geboten — bis ihrer aller Resultatlosigkeit offen da lag. Jetzt erkennt die russische Regierung die zwingende Nothwendigkeit, es nicht noch auf einen Versuch ankommen zu lassen, der kein Resultat hätte. Im Interesse der Christen, über welche das Damoklesschwert des türkischen Fanatismus einmal aufgehängt ist, und im Interesse Europa's, dem die Pforte in perfidester Weise Trotz bietet, muß einmal Ordnung geschafft werden. — Die russische Regierung hat daher ein klares, festes Ziel vor Augen, welches aus der von Europa übernommenen Schutzpflicht über die türkischen Christen unmittelbar hervorgeht. Utopischen Plänen, welcher Art sie auch sein mögen, ist die russische Regierung durchaus und auf's Entschiedenste abhold: es handelt sich um das Loos der Christen, und um die Pacification der Balkanhalbinsel in einer solchen Form, daß die Christen gesichert und Europa vor beunruhigenden Ereignissen von dort aus bewahrt bleibt. Mit eben derselben Entschiedenheit lehnt die russische Regierung, ebenso wie die russische Presse jeden Gedanken einer Erwerbung auf der Balkanhalbinsel ab.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 8. Dec. [Ueber den Versuch der Entführung des Sultans Murad] wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „Bei dem Alles verschlingenden Interesse, welches hier die Conferenzfrage erregt, bedurfte es in der That einer ganz außergewöhnlichen Zugkraft, um die Gemüther auch für andere Dinge zugänglich zu machen. Diese Zugkraft hat in den jüngsten Tagen ein äußerst romantischer Vorfall ausgeübt: ein Versuch zur Entführung des blödsinnigen Ex-SultansMurad durch vier als Türkinnen verkleidete Männer. Sie drangen Dinstag Abend nach eingebrochener Dunkelheit in den Palast von Tscheragan ein, um sich in die Frauengemächer und von da in des Sultans Zimmer zu schleichen; draußen im Bosporus lag ein Dampfer bereit, um die kostbare Beute in Sicherheit zu bringen. Bei der Nachsicht, mit welcher der Türke das weibliche Geschlecht behandelt, wäre es ihnen sicherlich gelungen, an der Wache vorbeizukommen, wenn nicht unter der persischen Gesichtsbedeckung des Einen ein langer Bart zufällig herausgeschaut und den Soldaten am Thor aufmerksam gemacht hätte. Man ergriff die angeblichen Weiber und entlarvte sie als vier Männer, von denen einer als ein gewisser Stavrides, der Bruder eines bei dem englischen Consulat angestellten Beamten, erkannt wurde. Dies der einfache Hergang der Sache, wie ihn Midhat Pascha am folgenden Morgen in seinem Konak erzählte. In der Zwischenzeit haben sich allerhand Zuthaten herausgebildet, von denen die wichtigste den russischen Botschafter und dessen ersten Dragoman, Herrn Onu, als die Anstifter dieses Handstreiches hinstellt. Das im Bosporus wartende Schiff war natürlich ein russisches, und sein Ziel sollte Odessa sein, wo man Murad als Gegensultan gegen den unbrauchbaren Hamid zu verwenden gedachte. Odessa sollte demnach ein türkisches Avignon werden, von wo aus die Partei Murad's ihre Bannflüche gegen den Usurpator schleudern wollte. Es wäre allerdings nicht das erste Mal, daß ein Wahnsinniger den Thron Osman's eingenommen hätte. Mustapha I. regierte trotz seines anerkannten Wahnwitzes drei Monate lang, weil die Ulemas seine Geistesbeschaffenheit für ein Zeichen der Heiligkeit auffaßten und unter dem Schutze dieser Heiligkeit ihre Pläne ruhig verfolgten. Und als sein Nachfolger Osman II. nach vierjähriger Regierung im Serail erwürgt worden, holte man (1622) den Narren wieder aus seinem Gewahrsam heraus, um ihn noch fünfzehn Monate lang die Herrscherkomödie weiter spielen zu lassen. Daß die Anhänger Murad's noch nicht alle Hoffnung aufgegeben haben, hat die jüngste Verschwörung bewiesen, welche mit einer Palastrevolution Hand in Hand gehen sollte. Ob der gegenwärtige Entführungsanschlag von ihnen ausgegangen ist, wird sich erst dann feststellen lassen, wenn das Verhör der Ergriffenen beginnt. In dem Vorgang aber die Hand Ignatieff's erkennen zu wollen, ist eine billige Uebereilung, die weniger von einer einsichtsvollen Kritik als von der großen Furcht zeugt, die man vor des Generals angeblichem Intrigantentalente hegt. Türkische Beamte lassen halbwegs durchblicken, daß einer der verschleierten Attentäter den russischen Dragoman als den Anstifter bezeichnet habe. Den hiesigen Blättern aber ist von oben jede Besprechung des Vorfalls untersagt worden, und daraus ist mit Sicherheit zu schließen, daß die russische Theilnahme einstweilen noch im Dunkel schwebt. Heute erfahre ich von glaubwürdiger Seite eine zweite Version des Herganges, demzufolge nicht Murad, sondern sein Sohn Salah-Edin-Effendi entführt werden sollte und zwar nicht in einem Dampfer nach Odessa, sondern in einem verschlossenen Wagen nach der russischen Botschaft in Pera. Schon seit zehn Tagen schlichen sich zwei Leute um den Palast von Tscheragan und suchten bei der Ex-Sultanin Valide eine Audienz zu erlangen; der Eine, Uskudulari Mehmed Effendi, ein Beamter im Justiz-Ministerium, und der Andere, Husni Bey, Angestellter des Finanz-Ministeriums. Sie setzten sich mit einem Mitgliede der Polizei von Beschiktasch in Verbindung und boten diesem, einem gewissen Arif Bey, 300 Lst. für seine Mitwirkung an. Dieser ging anscheinend darauf ein, und Dinstag Abend wurde der Anschlag in Scene gesetzt. Zwei vermummte Frauenzimmer meldeten sich bei der Thorwache zur Audienz bei der Valide; man hielt sie hin unter dem Vorwande, daß dieselbe im Augenblicke allzu beschäftigt sei, bis daß draußen zwei Wagen angerollt kamen, in welchen sich der besagte Stavrides und ein Pole befand. Die Festnahme der vier Personen geschah auf der Stelle; sie wurden nach Dolmabagdsche in die Gemächer des Palastmarschalls Mahmud Pascha Damad geführt, wo sie einige vorläufige Geständnisse ablegten. Sie beabsichtigten, den Prinzen durch die Hinterthür der Rue Cumbaradji in das russische Palais zu bringen und ihn von da bei passender Gelegenheit nach Rußland zu schaffen. Dort war ihm, wie früher dem Sohne Schamyl's, die Würde eines Woiwoden zugedacht. Auf die Frage, warum sie dies gethan, erwiderten die beiden als Türkinnen verkleideten Mohamedaner: „Wir haben dem Teufel gehorcht." (Scheitana oïduk.) Alle vier sind dem Untersuchungsrichter der Polizei, Reschad Effendi, übergeben worden. Dies der Inhalt der beiden Darstellungen. Welche von ihnen den Vorzug verdient, ob überhaupt eine auf Wahrheit beruht, werden die nächsten Tage lehren. Merkwürdig ist, daß im Laufe der Woche wiederholt das Gerücht auftrat, als werde die Türkei über die Köpfe der übrigen Mächte hinüber mit Rußland allein die streitigen Angelegenheiten ordnen. Die Partei, welche dieses Gerücht ausstreute, muß von dem obigen Plane wohl Mitwissenschaft besessen haben, denn die Regierung Abdul Hamid's würde sich zu einem Pacte mit Rußland nimmermehr verstehen.

Philippopel, 6. Decbr. [Die Untersuchung in Bulgarien.] Die Untersuchungs-Commission zur Eruirung der an den bekannten Mai-Ereignissen meistbetheiligten Mahomedaner setzt in Folge von aus Konstantinopel eingetroffenen Urgenzen ihre Arbeiten nunmehr in einem beschleunigten Tempo fort. Die Sitzungen der Commission finden in Orta-Mezar unter regelmäßiger Betheiligung des englischen Botschafts-Secretärs Baring und des hiesigen englischen Vice-Consuls Calvert stat.. Wie man der „Pol. Corr." aus Philippopel meldet, haben in Folge dieser beschleunigten Untersuchung sich in letzterer Zeit die Verhaftungen unter der mahomedanischen Bevölkerung gemehrt. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß mindestens zwischen 80 bis 90 Personen in neuerer Zeit gefänglich eingezogen wurden. Unter den Verhafteten befinden sich auch einige Notabeln, wie Achmet Aga und Tussum Bey, welche Beide allerdings bei der Unterdrückung der Insurrection im Mai dieses Jahres wild gewirthschaftet haben. Die Energie, welche die Regierung in Verfolgung dieser Angelegenheit entwickelt, gefällt der mahomedanischen Bevölkerung wenig, und bei jeder neuen Verhaftung kann man die im Oriente anläßlich eines jeden Vorkommnisses so beliebten Straßen-Conventikel wahrnehmen, welche das Tages-Ereigniß nicht immer in einer für die Regierung allzu schmeichelhaften Weise discutiren. Letztere wird ungescheut einer unverzeihlichen Schwäche und Nachgiebigkeit gegen die übermüthigen Giaurs geziehen. Sehen doch selbst die Mahomedaner mit scheelen Blicken auf die den diplomatischen Functionären Englands gemachte Concession, daß ihnen die controlirende Betheiligung an der Untersuchungs-Commission gestattet wird. Dieses Zugeständniß verletzt den mahomedanischen Stolz auf das Aeußerste, und gerathen darüber die zahllosen Wohlthaten vollständig in Vergessenheit, welche die englischen Hilfscomite's seit Monaten der Provinz Bulgarien in so reichlicher Weise zu Theil werden lassen, daß thatsächlich eine namhafte Besserung der Verhältnisse davon datirt.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 15. Decbr. [Angekommen.] S. Durchl. Herrm. Fürst von Hatzfeldt, freier Standesherr a. Schloß Trachenberg. Graf Bolko v. Hochberg-Fürstenstein, Hans Heinrich XIV., freier Standesherr a. Rohnstock. (Fremdbl.)

[Graf Arnim-Boitzenburg.] Die „Post" schreibt: Wie wir von unterrichteter Seite vernehmen, bestätigt es sich leider, daß der Oberpräsident von Schlesien, Graf Arnim-Boitzenburg definitiv aus dem Staatsdienste auszuscheiden beabsichtigt; doch soll ihn hierzu, abgesehen von anderen Gründen, vornehmlich die Rücksicht auf seine neuerdings sehr erschütterte Gesundheit veranlassen, welche nach Urtheil der Aerzte eine Enthaltung von anstrengenden Arbeiten durchaus erfordert.

E. [Die milde Witterung] in letzter Zeit hat viele der im Freien stehenden Gewächse zum Treiben veranlaßt und zeigen Flieder- und andere Bäume vollständig entwickelte Blattknospen.

[Sonderbare Anschauung!] Wie der Hirschberger „Bote" erzählt, läuft Herr Fleischbeschauer Schmiedel zu Hirschberg Gefahr, seine Kundschaft zu verlieren. Die Ursache hiervon soll auf dem Umstande beruhen, daß derselbe, wie seiner Zeit mitgetheilt wurde, in einem dort geschlachteten Schweine — — — Trichinen aufgefunden hat. Einige Herren Fleischer scheinen dies Herrn Schmiedel zum Vorwurfe zu machen und ihm ihren Zorn durch Entziehung der Kundschaft zu documentiren. Das läßt auf eine sonderbare Anschauungsweise schließen!

⊙ **Bernstadt,** 13. December. [Diebstähle. — Organisten- und Lehrerwahl.] Bei dem Bauergutsbesitzer Nitschke in Stronn befand sich seit Michaeli d. J. ein russischer Deserteur als Knecht in Diensten. Am letztverflossenen Sonntage entfernte sich derselbe in Abwesenheit seiner Herrschaft aus dem Dienste unter Mitnahme von 150 Mark aus dem von ihm geöffneten Schranke und eines Winter-Paletots, und ist es bis jetzt noch nicht gelungen, seiner habhaft zu werden. — Ein fernerer Diebstahl wurde kürzlich in Klein-Zöllnig verübt, woselbst dem dasigen Gutsbesitzer Winkler mittels Einbruches ¾ Centner Roth-Kleesamen gestohlen wurde. Der Dieb übergab denselben dem Inwohner H. in Korschlitz zum Verkauf, da dieser aber keinen Abnehmer fand, so verstreute er den Samen aus Furcht in den Dünger des Gaststalles eines Wirthshauses. — Nachdem in der verflossenen Woche von 3 Bewerbern um die vacant werdende Organisten- und 3. Mädchenlehrerstelle Proben abgehalten worden sind, ist Seitens des Magistrats Herr Tschauschner, Lehrer an dem Ossig'schen Privat-Knaben-Institut in Breslau, zum Organisten und Lehrer gewählt worden und dürfte dessen Amtsantritt voraussichtlich zum 1. April nächsten Jahres erfolgen.

—o— **Neisse,** 14. December. [Concert.] Gestern Abend gab Herr Violin-Virtuos Brassin aus Breslau unter Mitwirkung von Fräulein Brier und Fräulein Kurzleben hier im Saale der Ressource ein Concert welches infolge einer unter der Aegide hiesiger Musikliebhaber eröffneten Subscription ziemlich gut besucht war, während sonst auswärtige Künstler hier gewöhnlich vor leeren Stühlen sich produciren zu müssen verurtheilt sind. Die beiden hier gänzlich unbekannt gewesenen jungen Damen boten ihr Bestes, was jedoch leider keine höheren Anforderungen an Kunstleistungen zu befriedigen vermochte. So kam Beethovens Es-dur-Sonate nur in der Violinpartie, welche Herr Brassin mit wohlthuender Abrundung zu Gehör brachte, zu ihrem Recht, wohingegen die Clavierstimme gar manches schuldig blieb. Die Stimme der Sängerin, welche sich an viel zu hohe Aufgaben gewagt hatte, klang gänzlich belegt; nur in drei Liedchen zum Schluß erweckte sich Frl. Brier wärmeren Beifall. Herr Brassin hatte seinen Colleginnen gegenüber keinen zu schweren Stand und vereinigte daher allen Applaus auf seine Person, nicht ohne denselben zum Theil redlich erworben zu haben.

Berlin, 14. Dec. Es dürfte nicht unwahrscheinlich sein, daß die deutsche Regierung die augenblicklichen so hohen Silbercourse in London benutzt, um ihre Silberbestände zu verwerthen, indem sie Gold dafür eintauscht. Wenigstens wird man nicht fehl gehen, das heutige Weichen der Devise London mit einem derartigen Proceß in Verbindung zu bringen. Nicht unberücksichtigt wollen wir hierbei indeß lassen, daß auch der zunehmenden Geldknappheit wegen aus Privatkreisen größere Beträge in auswärtigen Wechseln an den Markt gebracht worden sind. Die auswärtigen Devisen waren in Folge des stärkeren Angebotes fast sämmtlich in matter Haltung, nur Wien und Petersburg zeigten sich ziemlich fest. Uebrigens setzt die Börse nicht voraus, daß durch die erwähnten Silberverkäufe der Preis für das Metall in seiner steigenden Bewegung aufgehalten werden würde, denn auch heute erfreuten sich die österreichischen Silbercoupons einer so regen Nachfrage, daß deren Cours wiederum und sogar nicht ganz unbeträchtlich anziehen konnte. Die verminderte Flüssigkeit des hiesigen Geldmarktes steigerte den Discont auf 3¼% und blieben zu diesem Satze Disconten reichlich ausgeboten. Der geschäftliche Verkehr an der Börse blieb sehr gering, da weder die politischen Nachrichten, noch die Meldung von den auswärtigen Börsenplätzen irgend welche Anregung boten. Die Gesammtstimmung blieb mäßig fest, während das Coursniveau nur wenige und überdies nur ganz belanglose Aenderungen erfuhr. Die internationalen Speculationspapiere kamen etwas niedriger zur Notiz. Die österreichischen Nebenbahnen waren im Allgemeinen gedrückt. Rudolfsbahn büßte zum Theil die Avancen der vorangegangenen Tage wieder ein. Nur Galizier behaupteten eine feste Haltung. In den localen Speculationseffecten blieb der Verkehr so gering, daß sich die Course, die überhaupt das gestrige Niveau kaum verließen, während der Börse stabil hielten. In den auswärtigen Staatsanleihen gestaltete sich das Geschäft reger. Oesterreichische Papier- und Silberrenten haben größere Umsätze erfahren, aber es zeigten sich Verkäufer im Uebergewicht. Auch in Goldrente fand ein recht lebhafter Verkehr statt. Italiener zogen im Course etwas an, schließen aber doch mit Briefnotiz. Türken waren gefragt. Sehr geringen Umfang gewann aber das Geschäft in Amerikanern, Russische Werthe, vorzugsweise Prämienanleihen, waren beliebt und steigend. Lstr.-Anleihen unterlagen gegen Schluß der Börse einer Abschwächung, per ult. notiren sie 80¼—½—80—80½ bis 80, preußische und andere deutsche Staatspapiere unbelebt. Einheimische Eisenbahnprioritäten fest und beliebt, besonders die 4½proc. Devisen bevorzugt. Oesterreichische Prioritäten zeichneten sich ebenfalls durch sehr feste Stimmung, die auf guter Kauflust basirte, aus. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markte stagnirte der Verkehr fast vollständig. Anhalter, Potsdamer und Hamburger begehrt und rege, Halberstädter unterlagen einem schwachen Drucke. Leichte Bahnen geschäftslos. Bankactien ziemlich fest, Preußische Bodencredit belebt und steigend, Gothaer Grundcredit belebt, Börsen-Handelsverein höher, Braunschweiger Bank zog etwas an, Posener Spritbank sehr belebt bei besserem Course. Deutsche Handelsbank rege, aber etwas billiger. Deutsche Bank und Dessauer Landesbank niedriger, Schaaffhausen zur weichenden Notiz offerirt. Braunschweiger Hypotheken und Spritbank Wrede matter. Industriepapiere meist geschäftslos. Große Pferdebahn offerirt, Viehhof sehr still, aber weichend, Glauziger Zuckerfabrik und Dessauer Gas besser, Görlitzer Eisenbahnbedarf beliebt.

Um 2½ Uhr: Schwach. Credit 217, Lombarden 124,50 Franzosen 415,50, Reichsbank 149,75, Disconto-Commandit 105,50, Dortmunder Union 6,00, Laurahütte 69,90, Köln-Mindener 100,25, Rheinische 110,25, Bergische 78,00, Rumänen 8,70, Türken 8,60.

Breslau, 15. Dec. [Oesterreichische Goldrente.] Wegen namhafter Ueberzeichnung ist die Subscription gestern, den 14. d. Mts., Abends geschlossen worden.

[Breslauer Actien-Bierbrauerei.] Der Abschluß ergiebt nach Abzug der Spesen und 51,000 Mark Zinsen einen Ueberschuß von circa 36,000 Mk., wovon circa 26,000 Mk. auf Abschreibungen verwendet und der Rest [illegible] 10,000 Mk. auf Gewinn- und Verlust-Conto verbucht wird, wel[illegible] nunmehr noch mit 43,000 Mark belastet ist. Die Contocorrer[illegible] Accepte haben sich am 30. September auf 110,000 Mark b[illegible] denen an Beständen, Debitoren und Kasse 165,000 Mk. gegen

Berliner Börse vom 14. December 1876.

Fonds- und Geld-Course.

Consolidirte Anleihe	4½	103,80 bzB
do. de 1876	4	96,60 bz
Staats-Anleihe	4	96,50 bz
Staats-Schuldscheine	3½	93,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136 40 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,75 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,40 G
Pommersche	3½	82,25 bz
do.	4	93,75 bz
do.	4½	101,40 bz
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	93,40 bz
Schlesische	3½	83,80 G
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	94,50 bz
Pommersche	4	94,50 bz
Posensche	4	94,75 bz
Preussische	4	94,80 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,10 bz
Sächsische	4	95,60 bz
Schlesische	4	94,90 bz
Badische Präm.-Anl.	4	117,25 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	119,50 G
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	106 90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 246 etbzB
Badische 35 Fl.-Loose 132,90 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,75 bzG
Oldenburger Loose 131 G

Ducaten 9 67 bz	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,35 bz	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,27 bz	Oest. Bkn. 160,30 bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 246,90 bz
Dollars 4,18 bz	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	102,25 bzB
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,10 bz
Unkünd. do. (1872)	5	100,50 bzG
do. rückzb. à 110	5	104,30 G
do. do. do.	4½	98 G
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,40 bzG
Künd.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101,20 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105 G
do. do. II. Em.	5	100,75 bz u. G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	107,30 bz
do. do. II. Em.	5	105,30 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	101 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	94,75 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	100,90 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	33 bz
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	30 bzG
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	-
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101,50 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	33 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	52,60 bz
(1./1.1./7. u. 1./4.1./10.)		1./4.1./10. 52,60
do. Papierrente	4⅕	47,50 bz [bz
(1./2.1./8. u. 1./5.1./11.)		1./5.1./11. 47,60
do. 54er Präm.-Anl.	4	89,25 B [bz
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	92 75 bz
do. Credit-Loose	—	294,75 bz
do. 64er Loose	—	240 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	144 bz
do. do. 1866	5	140 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	77,50 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	76 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	74,50 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	68,60 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	61,25 B
Amerik. rücksz. p. 1881	6	104,30 G
do. do. 1885	6	100.40 G
do. 5% Anleihe	5	101,30 G
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	69,80 bzG
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,10 G
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	64 G
Rumänische Anleihe	8	80,25 bz
Türkische Anleihe	5	8,70 bz
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl	5	65,10 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37 B
Türken Loose 24 G

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½g.	3½	84,25 bz
do. do. VI.	4½	97,50 bz
do. Hess. Nordbahn.	5	101,75 G
Berlin-Görlitz	5	101 G
do.	4½	— —
do. Lit C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	93,75 G
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	89,80 G
do. do. K.	4½	89,80 B
do. von 1876	5	97,10 bzG
Cöln-Minden III. Lit.A.	4	— —
do. Lit. B.	4½	98 G
do. IV.	4	91 bz
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	— —
Hannover-Altenbeken	4½	92,50 G
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	95,75 B
do do. II. Ser.	4	94,50 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	95,75 B
do do. III. Ser.	4	94 90 bz
Oberschles. A.	4	92,50 G
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	84 G
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	98,25 B
do H.	4½	100,60 bzG
do. von 1869.	5	101,60 bzB
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	97 B
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	101,75 B
do. Stargard-Posen	4	93 G
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	101,50 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	100,40 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,50 B
Chemnitz-Komotau	5	95 bzB
Dux-Bodenbach	5	54 G
do. II. Emission	5	37 bzB
Prag-Dux	fr.	21,75 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	79,70 bz
do. do. neue	5	76,70 G
Kaschau-Oderberg	5	51,40 bzB
Ung. Nordostbahn	5	47,50 bzG
Ung. Ostbahn	5	44,50 G
Lemberg-Czernowitz	5	62 B
do. do. II.	5	61,60 bz
do. do. III.	5	52,70 bzG
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	14,10 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	59,10 bzG
Oesterr.-Französische	3	312,20 bzG
do do. II.	3	296 bz
do. südl. Staatsbahn	3	232 bzG
do. neue	3	231 bzB
do. Obligationen	5	75 bz
Warschau-Wien II.	5	— —
do. III.	5	85,75 G
do. IV.	5	79,75 G
do. V.	5	75 G

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,10 bz
do. do.	2 M.	3	168,30 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,33 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,15 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	242,75 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	246,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	160,20 bz
do. do.	2 M.	4½	159,30 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	1	4	16 90 bz
Berg.-Märkische	2	4	4	77,75 bz
Berlin-Anhalt	8½	8	4	103,50 bz
Berlin-Dresden	5	2½	4	17 bzB
Berlin-Görlitz	0	0	4	20 bzG
Berlin-Hamburg	12½	10	4	174 G
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	1⅗	3	4	77,90 bzG
Berlin-Stettin	9¹¹/₂₀	9	4	118,90 B
Böhm. Westbahn	5	5	5	67,75 bz
Breslau-Freib.	7½	5⅗	4	67,25 bz
Cöln-Minden	6⁹/₂₀	4⁶/₁₀	4	100,25 bz
do. Lit. B.	5	5	5	99,60 bz
Cuxhaven. Eisenb.	6	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	5 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	80,50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	6,10 bz
Hannover-Altenb.	0	0	4	8 25 bzG
Kaschau-Oderberg	5	5	5	33,25 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	40,50 bzB
Ludwigsb.-Bexb.	9	9	4	178,50 bz
Märk.-Posener	0	0	4	11,60 bzG
Magdeb.-Halberst.	3	6	4	103,50 bz
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	— —
do. Lit. B.	4	4	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	6	4	95,10 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,50 bzB
Oberschl. A.C.D.E.	12	10½	3½	133,40 bz
do. B.	12	10½	3½	123 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6⅗	4	416-15
Oest. Nordwestb.	5	5	5	187 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	1⅗	0	4	124.50-121
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	19,50 bzG
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	106,10 G
Reichenberg-Pard.	4⅗	4⅗	4½	41,10 B
Rheinische	8	8	4	110,50 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	90,90 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	7,25 bzG
Rumän. Eisenbahn	4	2½	4	8,70 bzG
Schweiz Westbahn	0	0	4	23,40 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,90 bz
Thüringer Lit A.	7½	8½	4	132,25 bz
Warschau-Wien	10	7½	4	185 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	5	5	54 G
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	17,50 G
Hannover-Altenb.	0	0	5	25 75 bz
Kohlfurt-Falkenb.	2½	0	5	30,90 bz
Märkisch-Posener	0	3½	5	63 80 G
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,60 bz
do. Lit. C.	5	5	5	93,80 bz
Ostpr. Südbahn	3½	5	5	71,50 bzG
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	109,25 bz
Rumänier	8	8	8	45,50 bz
Saal-Bahn	2½	1½	5	19,50 G
Weimar-Gera	5	2½	5	— —

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	5	0	4	24 G
Anglo DeutscheBk.	0	3	4	40,00 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	164 bzG
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	68,50 G
do.Prod.-u.Hdls.-B.	10½	9½	4	84,60 G
Braunschw. Bank.	7½	6⅗	4	98,25 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	67,50 bz
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl.Ver. B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	71,50 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	68 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	116,75 G
Darmst. Creditbk.	10	6	4	99,25 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	93,75 G
Deutsche Bank	5	3	4	80.25 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	149,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	106,30 bz
do. ult.	12	7	4	105-5,25 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	86 G
do. junge	6	5½	4	92 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	2 50bG fr. Z.
Goth. Grundcredb.	9	8	4	103 G
Hamb. Vereins-B.	11½	9½	4	117,50 G
Hannov. Bank	6⅗	9⁷/₁₅	4	102,25 bzB
Königsb.Ver.-Bank	5½	5¼	4	80 B
Lndw.-B. Kwilecki	6½	6	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	9½	7	4	105,25 B
Luxemburg. Bank	9	6½	4	90 G
Magdeburger do.	5½	5⅗	4	102,50 B
Meininger do.	4	3	4	67 bz
Moldauer Lds.-Bk.	3	0	4	16 G
Nordd. Bank	10	6¾	4	124 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	98 bz
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	47 G
Oest. Cred.-Actien	6⅗	5	4	217-17
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	95,25 B
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	95 50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,25 G
Sächs. Bank	10½	10	4	123 etbzB
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	93,10 G
Schl. Bank-Verein	6	5	4	86,50 G
Schl. Vereinsbank	5	5	4	89,20 B
Thüringer Bank	6	5	4	70 bz
Weimar. Bank	5¼	0	4	36,25 bzG
Wiener Unionsb.	5	2⁶/₇	4	73,25 G

In Liquidation.

Berliner Bank	0	—	fr.	88,75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	83 bzG
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	3,50 B
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	57,50 B
Berl. Wechsler-B.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	95 G
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	53,10 G
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅙	fr.	92,10 G
Hessische Bank	0	—	fr.	55,50 bzG
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	90 G
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	— —
Pr.-Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	1,50 G

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	7½	0	fr.	138 bzG
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	5,25 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	4	0	4	64,25 bzG
Märk.Sch.Masch.G.	0	0	4	10 bzG
Nordd. Gummifab.	5½	5	4	52,50 G
do. Papierfabr.	4	0	4	— —
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	2,80 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	122 bzG
Schles. Feuervers.	17	20	4	722 bzB
Donnersmarkhütte	4	3	4	17,10 B
Dortm. Union	0	0	4	6 bzG
Königs- u. Laurah.	10	2	4	70,75 bz
Lauchhammer	0	0	4	24,25 bzG
Marienhütte	7½	8	4	67,10 G
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	6 B
Redenhütte	0	0	4	6,60 G
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	4 B
Schl.Zinkh.-Actien	7	6	4	76,75 bz
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	82 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	36 G
Vorwärtshütte	1	0	4	12 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	40,75 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅗	6⅗	4	48,25 B
do. ver. Oelfabr.	5	1	4	44 G
Erdm. Spinnerei	4	1	4	14,25 G
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅗	4	4	39 bzG
Hoffm's Wag.Fabr.	0	0	4	11,25 G
O. Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	26,75 G
Schl. Leinenind.	7½	8	4	70 bzG
do. Porzellan	0	0	4	9,75 bz
WilhelmshütteMA.	4	4½	4	66 G

Wien, 14. Decbr. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn] betrugen in der Woche vom 1. bis zum 7. December 238,575 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehr-Einnahme von 95,723 Fl.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 14. December. Der Fürst von Montenegro ist, wie die „Politische Correspondenz" aus Petersburg meldet, bezüglich seines Anspruches auf Arrondirung und einen Hafen vom russischen Cabinet bedeutet worden, daß er auf die Unterstützung seiner Wünsche durch Rußland rechnen könne, daß die Erfüllung derselben jedoch nur auf dem Wege des Einverständnisses mit den Rußland zunächst stehenden Mächten erreichbar sei.

Wien, 14. December. Die „Presse" meldet: die Regierung acceptirte die Rückzahlung des Staatsvorschusses der Dux-Bodenbach-Bahn von 1,200,000 mit 600,000 Fl. in Aussig-Teplitzer Actien à 270 Proc. oder nach Wahl der Dux-Bodenbacher Generalversammlung durch Ueberlassung des Kohlenwerkes an Zahlungsstatt, hiermit ist die Sanirung der Dux-Bodenbachbahn vefect. Den Actionären sind 23 Gulden (Minimum) gesichert. Die Einlösung des Coupons erfolgt nur unter der Bedingung, daß die Regierung eine Garantie-Erhöhung um 42,000 Fl. zusichert.

Wien, 15. Decbr. Die „Presse" meldet: Der ganze Emissionsbetrag von 40 Millionen Geldrente ist in Wien bei Rothschild und der Creditanstalt gezeichnet. Die Repartition wird circa ein drittel betragen.

Versailles, 14. Decbr. Im Senat und in der Kammer gab heute der Conseilspräsident Jules Simon Namens des neuen Ministeriums Erklärungen ab. Nachdem er zunächst mit Worten des Bedauerns des Rücktritts von Dufaure und de Marcère gedacht hatte, hob er hervor, er bringe kein förmliches Programm, aber man kenne ihn, er sei von Grund seines Herzens Republikaner und von Grund seines Herzens conservativ, er sei ergeben den Grundsätzen der Freiheit und beseelt von der aufrichtigsten Achtung für die Gewissensfreiheit wie für die Religion. Das Cabinet werde ein parlamentarisches bleiben und habe zu dem Ende nur dem Beispiele des Marschall-Präsidenten zu folgen, der unter allen Umständen bestrebt sein werde, die Principien eines constitutionellen Regiments streng zu befolgen. Das Ministerium sei in Einstimmigkeit und mit Festigkeit entschlossen, der republikanischen Regierung bei allen Staatsbeamten Geltung und Achtung zu verschaffen. Frankreich sei gewillt, in Ruhe und Frieden der Arbeit zu leben.

Brüssel, 14. Decbr. Von Frère Orban wurde heute in der Repräsentantenkammer die Angelegenheit der Union du crédit de Bruxelles, welche in Zahlungsverlegenheiten gerathen ist, zur Sprache gebracht. Der Finanzminister erwiderte darauf, er habe sich bereits mit der Nationalbank über Maßregeln verständigt, die geeignet seien, jede Unterbrechung der geschäftlichen Thätigkeit des Instituts fern zu halten. Für die zahlreichen Interessenten desselben liege ein triftiger Grund zu Besorgnissen nicht vor. Er sei überzeugt, daß die Krise sich leicht überwinden lassen werde, vom Gericht sei ein provisorisches Moratorium ertheilt worden.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Petersburg, 14. Decbr. Auf allen südrussischen Eisenbahnen, namentlich der Moskau-Kursker Bahn, wird der größte Theil der Güter-Waggons in Truppen-Waggons umgearbeitet. — Die Note Safvet Paschas vom 1. Dec. wird an maßgebender Stelle für undiscutirbar erklärt. — Die montenegrinische Anleihe geht ihrer Verwirklichung entgegen; dieselbe dürfte zu 7 pCt. abgeschlossen werden. — Jonin bleibt noch 10 Tage hier.

Bukarest, 14. Decbr. In einer neuerdings seitens der rumänischen Regierung an die Pforte gerichteten Note wird die Aufrechterhaltung der Neutralität nur unter der Bedingung zugesichert, daß die Pforte die rumänischen Forderungen bewilligt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 14. Dec., Abends. Boulevard-Verkehr. Renten 70, 80, Anleihe de 1872 104, 52, Türken de 1865 10, 92, Italiener 70, 20, Egyptier 244. — Matt.

Frankfurt a. M., 14. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 204, 33. Pariser Wechsel 81, 22. Wiener Wechsel 160, 35. Böhmische Westbahn 135¼. Elisabethbahn 107¼. Galizier 159¾. Franzosen*) 207. Lombarden*) 62. Nordwestbahn 94. Silberrente 53. Papierrente 48⅛. Russische Bodencredit 77¼. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 100⅝. 1860er Loose 92¹³/₁₆. 1864er Loose 239, 00. Creditactien*) 107¾. Oesterreichische Nationalbank 660, 00. Darmst. Bank 99¼. Berliner Bankverein 83. Frankf. Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 67¾. Hessische Ludwigsbahn 95⅝. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 128, 20. do. Schatzanweisungen alte 77⅜. do. Schatzanweisungen neue 75⅛. do. Ostbahn-Obligationen II. 53. Central-Pacific 97½. Reichsbank 150. Silbercoupons —. Goldrente 57¼. — Lustlos.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 107¾, Franzosen 206⅞, 1860er Loose —, Galizier —. Lombarden —, Silberrente —. Goldrente 57⁵/₁₆.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 14. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 115, Silberrente 52⅝, Creditactien 107¼, 1860er Loose 92⅝, Franzosen 516, Lombarden 155, Ital. Rente 68¾, Vereinsb. 117¾, Laurah. 70¼, Commerzbank 94½, Norddeutsche 123½, Anglo-deutsche 39½, Internationale Bank 83⅛, Amerikaner de 1885 95½, Köln-Minden. St.-A. 100¼, Rhein-Eisenbahn do. 110¼, Bergisch-Märk. do. 78¾, Disconto 3 pCt. Schluß fest.

Hamburg, 14. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen pr. December-Januar 216 Br., 215 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 224 Br., 223 Gd. Roggen pr. December-Januar 165 Br., 164 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 169 Br., 168 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste matt. — Rüböl matt, loco 79, pr. Mai pr. 200 Pfd. 78. — Spiritus matt, pr. December 45¾, pr. Januar-Februar 45¾, pr. April-Mai 46, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 46. Kaffee lebhaft, Umsatz 6000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 32, 50 Br., 31, 00 Gd., pr. December 31, 00 Gd., per Januar-März 26, 50 Gd. — Wetter: Kälter.

Liverpool, 14. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 16,000 Ballen, davon 9000 Ballen amerikanische, 1000 Ballen ostindische. Ankünfte schlossen gestern ¹/₁₆ D. billiger.

Liverpool, 14. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Ruhiger. Amerikanische williger. Ankünfte ¹/₁₆ billiger angeboten.

Middl. Orleans 6¹³/₁₆, middl. amerikanische 6⅝, fair Dhollerah 5¼, middl. fair Dhollah 5⅛, good middl. Dhollerah 4⅞, middl. Dhollerah 4⅝, fair Bengal 4½, good fair Broach —, new fair Domra 5¼, good fair Domra 5½, fair Madras 4¹⁵/₁₆, fair Pernam 6⅝, fair Smyrna 5⅝, fair Egyptian 6¾.

Newyork, 14. Decbr., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Gold-Agio 7½. Wechsel auf London 4, 82. ⁶/₂₀ Bonds de 1885 108¾, dito 5% fundirte Anleihe 110⅝. ⁶/₂₀ Bonds de 1887 115. Erie-Bahn 9¼. Baumwolle in Newyork 12¼. do. in New-Orleans 11⅝. Raff. Petroleum in Newyork 32. Raff. Petroleum in Philadelphia 31. Mehl 5, 75. Mais (old mixed) 60. Rother Frühjahrsweizen 1, 38. Caffee Rio 18⅞. Havanna-Zucker 9⅞. Getreidefracht 8. Schmalz (Marke Wilcox) 11. Speck (short clear) 8⅞.

Antwerpen, 14. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt. Roggen behauptet. Hafer ruhig. Gerste stetig.

Antwerpen, 14. Decbr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 82 bez. und Br., pr. December 82 bez. und Br., pr. Januar 67 bez., 68 Br., per Februar 60 Br., per April 60 Br. — Steigend.

Bremen, 14. Decbr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 32, 00 bez., pr. Januar 27, 00 à 29, 75 bez., pr. Februar 26, 00, per Februar-März-April 24, 00. — Bessere Tendenz.

Berlin, 14. December. [Producten-Bericht.] Das Geschäft ist sehr still und die Stimmung ist matt für Roggen. Verkäufer für Termine mußten zu geringem Nachlaß sich bequemen, doch war schließlich, nachdem die Anerbietungen untergebracht, die Haltung einen Schimmer fester. Das Effectivgeschäft hatte recht schwerfälligen Gang. — Roggenmehl flau. — Weizen wurde recht sehr vernachlässigt. Preise haben sich nicht voll behaupten können. — Hafer loco fortwährend unter Druck von Anerbietungen weniger befriedigender Qualitäten. Termine billiger bei etwas mehr Handel. — Für Rüböl trat Kauflust etwas mehr hervor und hatte sich festen Forderungen zu fügen. — Petroleum niedriger. Käufer sehr zurückhaltend. — Spiritus flau und ferner etwas gewichen, schließt zu den billigern Preisen mit etwas mehr Käufern.

Weizen loco 190—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner bunter polnischer — M. ab Bahn bez., per December 219½ M. bez., per April-Mai 223—222½ M. bez., per Mai-Juni 224—223½ M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 155 bis 186 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 155 bis 158 M. ab Kahn bez., neuer russischer 160—168 Mark bezahlt, neuer polnischer — Mark bezahlt, inländischer 175—185 Mark ab Bahn bezahlt, per December 159 Mark bez., per December-Januar 159 Mark bezahlt, per Januar-Februar 159 bis 159½ Mark bez., per Februar-März — M. bez., per Frühjahr 164—164½ Mark bez., per Mai-Juni 162—162½ Mark bez. Gekündigt 5000 Centner. Kündigungspreis 159 Mark. — Gerste loco 130 bis 180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 125—168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 130 bis 157 Mark bez., russischer 130—148 M. bez., pommerscher 163 bis 166 M. bez., schlesischer 153 bis 165 M. bez., galizischer — M. bez., böhmischer 156—165 Mark bez., ungarischer 138—141 Mark bez., defecter ungarischer — Mark ab Bahn bez., per December 148 M. bez., per December-Januar 148 M. bez., per Frühjahr 157 bis 155 Mark bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen: Kochwaare 151—190 Mark, Futterwaare 140—150 Mark. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 28,50—26,50 Mark, Nr. 0 und 1: 26,50 bis 25,00 Mark bez. — Roggenmehl per 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 25,50—23,00 M. bez., Nr. 0 und 1: 23,25—22,00 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: inclusive Sack per December 22,90—80 Mark bezahlt, per December-Januar 22,90—80 Mark bezahlt, per Januar-Februar 22,90—80 Mark bezahlt, per Februar-März 23—22,90 Mark bez., Spiritus loco „ohne Faß" 55,3 Mark bezahlt, per December 56,3 bis 56 Mark bezahlt, per December-Januar 56,3—56 Mark bez., per Januar-Februar — Mark bez., per April-Mai 58,5—1—2 M. bez., per Mai-Juni 58,7—3—4 M. bez., per Juni-Juli 59,7—4 Mark bezahlt. Gekündigt 70,000 Liter. Kündigungspreis 56 M.

Breslau, 15. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei schwächerem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen, nur feine und harte Qualitäten beachtet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17—19,20 bis 21,40 Mark, gelber 17,30—18,80—20,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in ruhiger Stimmung, per 100 Kilogr. neuer 15,60 bis 17,10 bis 17,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste nur billiger verkäuflich, per 100 Kilogr. neue 13,80—14,30 Mark, weiße 15—15,60 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. neuer 13,50 bis 14,40 bis 15,30 Mark.

Mais nur trockene Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50—13,70 Mark.

Erbsen schwer verkäuflich, per 100 Kilogr. 14—15—16—17,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Oelsaaten in sehr fester Stimmung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	50	31	50	30	50
Winterrübsen	33	—	30	—	29	—
Sommerrübsen	31	—	29	—	28	—
Leindotter	27	—	26	—	23	50

Rapskuchen gut behauptet, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen fast unverändert, rother fest, per 50 Kilogr. 53—60—66 bis 74 Mark, — weißer ruhig, per 50 Kilogr. 54—62—67—80 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbacken 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Decbr. 14. 15.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 4°,2	+ 2°,1	+ 1°,9
Luftdruck bei 0°	332''',73	333''',14	333''',02
Dunstdruck	2''',45	2''',20	2''',16
Dunstsättigung	84 pCt.	91 pCt.	91 pCt.
Wind	W. 1.	W. 1.	SO. 1.
Wetter	bedeckt.	trübe.	trübe.

Breslau, 15. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 20 Cm. U.-P. — M. 64 Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.